# Dauerhafte Entwicklung als globale Herausforderung

## Anstöße der Brundtland-Kommission

VOLKER HAUFF

*Drei Berichte zur einen Welt*

Vor drei Jahren haben die Vereinten Nationen eine Kommission eingesetzt, die Empfehlungen erarbeiten sollte zu dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und dem Schutz der Umwelt als der natürlichen Lebensgrundlage für die Menschen. Diese Kommission, die unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland tagte, hat Ende April 1987 ihren Abschlußbericht ›Our Common Future‹ vorgelegt.

Die Brundtland-Kommission knüpft an die Tradition der Brandt- wie der Palme-Kommission an. Der Bericht der Brandt-Kommission hieß ›Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer‹, der der Palme-Kommission stand unter dem Motto ›Gemeinsame Sicherheit‹. Der Bericht der Brundtland-Kommission trägt die Überschrift ›Unsere gemeinsame Zukunft‹. Daß alle diese Titel den Begriff der ›Gemeinsamkeit‹ beinhalten, ist kein Zufall. Der Grundgedanke der einen Welt, des gemeinsamen menschlichen Schicksals zieht sich durch alle diese Berichte.

Die Brundtland-Kommission behandelte sowohl das Thema der Umwelt als auch das der Entwicklung und stellte fest, daß Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit aufs engste verknüpft waren mit allen Zukunftsperspektiven, in deren Mittelpunkt Umwelt und Entwicklung stehen. Diese Verflechtungen werden sehr deutlich, wenn man zum Beispiel ins Südliche Afrika schaut — nach Mosambik etwa, das vernichtet wird durch Krieg, Dürre, Hunger und wirtschaftlichen Zusammenbruch; und hier führt jeder einzelne dieser Faktoren, verstärkt durch die übrigen, zu etwas, was schnell zu einer Katastrophe gleichen Ausmaßes wie in Äthiopien zu werden droht.

Den Kern der Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Umwelt, der im Mittelpunkt des Berichts steht, möchte ich kurz nachskizzieren:

○ Zunächst sind diese Zusammenhänge nicht sofort erkennbar. Bis vor kurzem wurden Umweltprobleme überwiegend als Probleme der Industrieländer angesehen. Aus der Sicht der Entwicklungsländer war die Umweltproblematik überwiegend in den nach-industriellen Gesellschaften entstanden; nachdem sie wohlhabend geworden waren, stellten diese Länder fest, welchen Preis sie für ihren Wohlstand bezahlen mußten: Luftverschmutzung, Meeres-, Seen- und Flüssezerstörung, Waldsterben, Bodenzerstörung.

○ In der Kommission wurde deutlich, daß Umweltzerstörung und Armut, die ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht, die egoistische Verfolgung von Teilinteressen lediglich verschiedene Aspekte des gleichen Problempakets sind. Während des Tagungszeitraums der Kommission prasselten die Meldungen von Umweltkatastrophen auf uns ein, und zwar gleichermaßen aus Industrie- wie aus Entwicklungsländern: Bhopal, Tschernobyl, die Verunreinigung des Rheins durch Chemikalien, das Waldsterben in Nordeuropa, die Flüssiggasexplosion in Mexiko sowie die menschliche und ökologische Katastrophe in Äthiopien und anderen Gegenden Afrikas.

*Armut und Umwelt*

In den Entwicklungsländern ist die Armut die Wurzel allen Übels. Arme Menschen zerstören häufig ihre Umwelt — nicht weil sie unwissend sind, sondern um zu überleben. Sie strapazieren zu dünne Böden, überweiden empfindliches Grasland und roden schrumpfende Waldbestände zur Brennholzbeschaffung. Zur Befriedigung der kurzfristigen Bedürfnisse des einzelnen ist jede dieser Maßnahmen logisch; langfristig und im größeren Zusammenhang gesehen sind die Auswirkungen verheerend. Entwaldung, Versteppung, Bodenerosion, die wachsende Zahl der Hungernden und Armen: all dies zeigt nur, wie verheerend diese Folgen sind. Der Bericht beschreibt einige der ungeschminkten Tatsachen der Umweltvernichtung. Jedes Jahr werden 6 Mill Hektar ertragfähigen Bodens zu wertloser Wüste. Über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten ist dies eine Fläche von der Größe Saudi-Arabiens. Über 11 Mill Hektar Wald werden jedes Jahr vernichtet; in 30 Jahren ist dies eine Fläche von der Größe Indiens. Darüber hinaus werden durch Bodenerosion in jedem Jahr 20 Mill Hektar landwirtschaftlicher Fläche vernichtet. Armut ist daher sowohl Ursache als auch Folge von Umweltzerstörung.

Wir dürfen daraus nicht den falschen Schluß ziehen, die Entwicklungsländer seien heute die Hauptquelle der weltweiten Verschmutzung. Auch in Industrieländern gibt es große Umweltprobleme, etwa durch in der Landwirtschaft eingesetzte Chemikalien oder durch die Gewinnung von Energie aus fossilen und nuklearen Brennstoffen. Die gegenwärtige Bedrohung des Planeten durch die Zerstörung der Ozonschicht, den Aufbau von ›Treibhaus‹gasen und nukleare Unfälle haben ihren überwiegenden Ursprung in den Industrieländern. Ganz zu schweigen von der schwersten Bedrohung überhaupt, die das Wettrüsten und die dadurch entstandene ›Rüstungskultur‹ ganz unmittelbar für das Recht auf Leben darstellen.

Im übrigen verbrauchen die Industrieländer — im Osten wie im Westen — mit nur einem Viertel der Bevölkerung der Welt immerhin rund vier Fünftel ihrer gesamten Energie- und Metallvorkommen. Diese Ungleichheiten sind wesentlicher Bestandteil der Zusammenhänge zwischen Umwelt und Entwicklung. Sie sind unerläßlich für das Verständnis der Umweltprobleme der meisten afrikanischen und lateinamerikanischen Länder. Diese Länder waren von jeher abhängig von Primärrohstoffen — einige davon sind nicht erneuerbar — und müssen auch heute noch häufig zu derart schlechten Bedingungen an die Industrieländer verkaufen, daß dies in keinem Verhältnis steht zu den tatsächlichen Kosten des Raubbaus an ihren Ressourcen. Heute müssen die Entwicklungsländer in einem globalen Rahmen operieren, in dem die reicheren Länder bereits den größten Teil des ökologischen Kapitals der Erde abgeschöpft haben und nach wie vor die Weltwirtschaft beherrschen.

*Neues wirtschaftliches Wachstum erforderlich*

Diese Trends reichen weit zurück. Der Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung wurde jedoch schlagartig beleuchtet durch die Ölpreiskrisen der siebziger Jahre. Langsameres Wachstum in den Industrieländern, Verfall der Rohstoffpreise, Schuldenkrise, Rückgang der Finanzierungsströme — all dies brachte die meisten Entwicklungsländer in große Schwierigkeiten. Viele von ihnen haben heute einen niedrigeren Lebensstandard als 1980; in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara liegen die Pro-Kopf-Einkommen heute nicht höher als vor 20 Jahren. Die Zahl der Armen hat beängstigend zugenommen. All dies führte zu erhöhter Umweltbelastung. Der Zwang zu Haushaltskürzungen führte oft zur Streichung von Umweltprogrammen und zur Reduzierung von Sozialprogrammen. Der Druck, mehr exportieren zu müssen, um dem Schuldendienst nachkommen und die für eine Gesundung erforderlichen Einfuhren finanzieren zu können, hat zu weiterem Raubbau geführt.

Die Kommission kommt zur Lösung des Problems zu einer radikalen und unorthodoxen Forderung, nämlich der Forderung nach »einem neuen Zeitalter wirtschaftlichen Wachstums«. Warum dieser Weg? Heute wissen wir, daß Wachstum nicht umweltschädlich sein muß und daß es sogar zur Lösung von

Umweltproblemen beitragen kann. Wachstum ist unerläßlich zur Überwindung der Massenarmut. Und wenn zum heutigen Bedarf noch der Bedarf einer zusätzlichen Bevölkerung hinzukommt — vielleicht sind das noch einmal so viele wie die heutige Weltbevölkerung, wenn nicht noch mehr, und neun Zehntel davon werden in den Ländern der Dritten Welt leben — welche Hoffnung haben wir, ohne Wachstum damit fertig zu werden? Die Mitglieder der Kommission waren aber davon überzeugt, daß dieses Wachstum nicht nur notwendig, sondern auch realisierbar ist.

Natürlich gibt es begrenzende Faktoren. Die Kommission hat deshalb versucht, den Begriff ›dauerhafte Entwicklung‹ zu definieren als

»einen Weg zum Fortschritt, der den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen«.

Wir sprechen hier nicht nur von den Entwicklungsländern, sondern von jeder Form der ›Entwicklung‹ im weitesten Sinne. Die Forderung, diese Entwicklung ›dauerhaft‹ zu gestalten, gilt daher für alle Länder und alle Menschen. Die Möglichkeit kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, kann durch Wohlstand — ein Übermaß an industrieller und technischer Entwicklung — ebenso gefährdet werden wie durch Umweltvernichtung durch Unterentwicklung.

Dauerhaftigkeit muß daher im globalen Zusammenhang gesehen und gemessen werden. Es ist eben nicht nur der Umfang der Erhaltung oder Verbesserung der Entwicklungsstufe jeder einzelnen Nation. Auf wichtigen Gebieten ist ein sorgfältiges Management der Ressourcen erforderlich, um zu verhindern, daß die Grenzen überschritten werden. So verdoppelte sich beispielsweise der Wasserverbrauch weltweit zwischen 1940 und 1980, und bis zum Jahre 2000 wird erneut mit einer Verdoppelung gerechnet; aber schon heute leiden 80 Länder mit 40 Prozent der Weltbevölkerung unter kritischem Wassermangel. Ein weiteres Beispiel: Die Kommission wurde von Wissenschaftlern eindringlich darauf hingewiesen, daß durch die Rodung tropischer Wälder zahlreiche Arten ausgerottet werden, die langfristig für uns von immensem Nutzen sein könnten. Eine Studie der Weltbank schätzt, daß im Laufe der nächsten 20 Jahre ein Fünftel der Pflanzen und Tiere dieser Erde aussterben könnten.

Die vielleicht ernsthafteste Begrenzung resultiert aus der Verschmutzung der Atmosphäre. Die Ozonschicht ist bereits geschädigt durch Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe; es bildet sich jetzt allmählich — zu allmählich — ein internationaler Konsens über die Notwendigkeit von Produktionskontrollen und -verboten. Die Gefahr der Erwärmung des Planeten durch den ›Treibhauseffekt‹ durch Kohlendioxyd und andere Freisetzungen ist sehr ernst zu nehmen.

Bis wir dieses Phänomen besser verstehen, bleibt hinter der Verwendung fossiler Brennstoffe zumindest ein großes Fragezeichen. Gleichzeitig hat Tschernobyl die hohen, auf Dauer nicht verantwortbaren Risiken aufgezeigt, die mit einer weiteren Verbreitung der Kernenergie verbunden sind, und zwar fast für einen ganzen Kontinent mit mehr als einer halben Milliarde Bewohnern. Die Kommission hat zahlreiche Energiequellen für die Zukunft geprüft und festgestellt, daß konventionelle Szenarios mit hohem Energieverbrauch nicht umweltverträglich sind und daß Szenarios mit geringem Energieaufwand noch nicht ausreichend entwickelt sind. Der einzige Ausweg aus dieser Zwickmühle besteht darin, die grundlegenden Parameter zu ändern, und zwar durch weitreichende Anstrengungen auf dem Gebiet des Energiesparens und der Entwicklung neuer, erneuerbarer Ressourcen.

Eine dauerhafte Entwicklung bedeutet daher ein Wachstum, das die Grenzen der Umwelt-Ressourcen respektiert, das also die Luft, die Gewässer, die Wälder und Böden rein erhält, ein Wachstum, das die genetische Vielfalt erhält und das Energie und Rohmaterialien optimal nutzt. Daraus folgen zahlreiche praktische Konsequenzen; ich möchte hier auf einige eingehen, die die Entwicklungsländer betreffen. Denn obgleich die Entwicklungsländer ihren eigenen Weg zu einer dauerhaften Entwicklung finden müssen, sind doch ihre größten Anstrengungen ohne massive Hilfe von außen und ohne eine gerechtere und besser ausgestaltete internationale Wirtschaftsordnung zum Scheitern verurteilt.

*Menschheit verdoppelt sich*

In letzter Zeit hat sich bei den bilateralen Hilfsorganisationen des Westens und bei der Weltbank verstärktes Umweltbewußtsein gezeigt. Dies ist zu begrüßen, aber es ist nicht ausreichend erkannt, daß eine internationale Reform der Wirtschaft notwendig ist und daß es vordringlich um die Lösung der Verschuldungskrise geht. Wenn die Industrieländer — und zwar Regierungen wie das private Bankensystem — nicht sehr schnell ihre Buchhaltermentalität gegenüber den Entwicklungsländern ablegen, sind ökonomische und ökologische Katastrophen unausweichlich.

**Die Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung**

Der »Ausarbeitung der Umweltperspektive bis zum Jahr 2000 und für die anschließenden Jahre« hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen besondere Bedeutung beigemessen. In ihrer Resolution 38/161 billigte sie einen Beschluß des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) vom 23. Mai 1983, mit Hilfe »der von einer Sonderkommission unterbreiteten diesbezüglichen Vorschläge« die Umweltperspektive auszuarbeiten. Vorsitzende und Vizevorsitzender der Kommission (World Commission on Environment and Development, WCED) wurden von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar berufen: Dr. Gro Harlem Brundtland (frühere und derzeitige Ministerpräsidentin Norwegens, damals Oppositionsführerin im Storting) und Dr. Mansour Khalid (ehemaliger Außenminister Sudans). Beide wählten ihrerseits die übrigen Mitglieder der Kommission aus.

Die unabhängige Kommission umfaßte 22 Mitglieder aus 21 Staaten; neun kamen aus Industrie-, 13 aus Entwicklungsländern:

Susanna Agnelli (Italien), Rom
Dr. Saleh Abdulrahman Al-Athel (Saudi-Arabien), Riad
Dr. Gro Harlem Brundtland (Norwegen), Oslo
— Vorsitzende —
Bernard T. G. Chidzero (Simbabwe), Harare
Lamine Mohamed Fadika (Côte d'Ivoire), Abidjan
Dr. Volker Hauff (Deutschland, Bundesrepublik), Bonn
Dr. Mansour Khalid (Sudan), London
— Vizevorsitzender —
Prof. István Láng (Ungarn), Budapest
Dr. Ma Shijun (China), Beijing
Jim MacNeill (Kanada), Montreal
— Generalsekretär —
Margarita Marino de Botero (Kolumbien), Bogota
Nagendra Singh (Indien), Den Haag
Dr. Paulo Nogueira-Neto (Brasilien), Brasilia
Dr. Saburo Okita (Japan), Tokyo
Shridath S. Ramphal (Guyana), London
William D. Ruckelshaus (Vereinigte Staaten), Washington
Mohamed Sahnoun (Algerien), Washington
Emil Salim (Indonesien), Jakarta
Bukar Shaib (Nigeria), Lagos
Dr. Vladimir E. Sokolov (Sowjetunion), Moskau
Janez Stanovnik (Jugoslawien), Ljubljana
Maurice F. Strong (Kanada), Denver

Zwischen Oktober 1984 und April 1987 hielt die Kommission neun Tagungen ab; sie hat in jedem Erdteil getagt und jeweils auch öffentliche Anhörungen durchgeführt. Die Kommission beabsichtigte nicht, ein neues Weltmodell oder eine weitere Studie über besorgniserregende Entwicklungen zu verfassen. Es ging darum, klare Empfehlungen und Vorschläge zur Sicherung einer gemeinsamen Zukunft zu geben. Neu an der Aufgabe der Kommission war die Tatsache, daß Umwelt und Entwicklung zum ersten Mal als Einheit zusammen und nicht unabhängig voneinander behandelt wurden. Ihr Bericht wird in diesem Herbst offiziell der 42. Generalversammlung der Vereinten Nationen unterbreitet werden.

Der volle Text des Berichts liegt bis jetzt nur in englischer Sprache vor: ›Our Common Future‹, Oxford — New York (Oxford University Press) 1987, 400 S., 5,95 £.

Vorsitzende der unabhängigen Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung war Dr. Gro Harlem Brundtland. Die Ärztin Brundtland, am 20. April 1939 in Oslo geboren, war von 1974 bis 1979 Umweltschutzministerin Norwegens. Als erste Frau in der Geschichte der nordischen Länder nahm sie 1981 das Ministerpräsidentenamt ein. Von 1981 bis 1986 führte die sozialdemokratische Politikerin die Opposition im Parlament; seit Mai 1986 ist sie wieder Ministerpräsidentin. Ihr Kabinett hat international ein Zeichen gesetzt: 8 von 18 Mitgliedern sind Frauen.

Die Umweltverantwortung der Entwicklungsländer ist eine drückende Last; einerseits müssen sie ihre Volkswirtschaften wesentlich schneller ausbauen als die Industrieländer es in einem vergleichbaren Stadium taten, andererseits müssen sie Vorkehrungen für den Schutz und das Gleichgewicht in ihrer Umwelt in einem Umfang treffen, wie es die Industrieländer nie getan haben. Außerdem müssen die von ihnen geforderten unpopulären Maßnahmen häufig in einem Umfeld erfolgen, in dem die politische Toleranz durch die schmerzlichen Anpassungsvorgänge der letzten Jahre — als Folge der Schuldenkrise, niedriger Rohstoffpreise und nachlassender Kapitalströme — bereits zum Zerreißen gespannt ist. Zumeist sind die institutionellen Mechanismen nur schwach und Fachkräfte Mangelware.

Was hat also Vorrang? In vielen Fällen ist eine der wichtigsten Forderungen die Verlangsamung des Bevölkerungsanstiegs. Denn wo die Bevölkerung um mehr als 3vH pro Jahr wächst, ist kaum zu erwarten, daß der Teufelskreis von sinkendem Lebensstandard und Umweltzerstörung durchbrochen werden kann. Es gibt eine Abkürzung auf dem Weg zu niedrigeren Geburtenziffern. Erst dann, wenn die armen Familien erkannt haben, daß Familienplanung ihnen einen höheren Lebensstandard bringt und daß die medizinische Versorgung ausreichend ist, um die Kindersterblichkeit zu senken, werden sie nicht mehr so viele Kinder anstreben. In vielen Ländern kann wenig getan werden, bevor nicht die Stellung der Frauen verbessert ist, ihr Beitrag zur Volkswirtschaft anerkannt wird und mehr von ihnen lesen und schreiben gelernt haben; manchmal muß dies jahrhundertealten Traditionen zum Trotz geschehen.

Obwohl einige Entwicklungsländer beeindruckende Fortschritte bei der Begrenzung des Bevölkerungsanstiegs machen, wird wahrscheinlich nichts mehr eine Verdoppelung der Menschheit verhindern können, bevor sich die Zahl stabilisiert. Und dieser Anstieg wird fast ausschließlich in den Entwicklungsländern erfolgen, die hier mit einem beispiellosem Problem konfrontiert sind. Als die heutigen Industrieländer im 19. Jahrhundert ihre demographische Übergangsphase durchliefen, konnten die Länder Europas ihren Bevölkerungsüberschuß exportieren. Heute gibt es keinen Ort, an dem die Bevölkerung aus Afrika, Asien und Lateinamerika willkommen wäre. Die Bevölkerungsprobleme sind schwierig genug. Es ist keine Hilfe, wenn Gegner der Geburtenregelung in den Industrieländern die Unterstützung für Familienplanungsprogramme unterminieren oder wenn internationale Finanzinstitute unter Hinweis auf die Notwendigkeiten der ›Anpassung‹ drastische Kürzungen der Gesundheitsfürsorge und Alphabetisierungsprogramme verlangen, ohne die eine Familienplanung wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Weitere bedeutende Prioritäten stehen in Zusammenhang mit den Möglichkeiten, die arme Länder haben, um das Potential ihrer Kleinbauern, deren Anbau der Selbstversorgung dient, voll auszuschöpfen. In Afrika ist man jetzt intensiv darum bemüht, die Handelsbilanz gewissermaßen auf den Agrarsektor zu verlagern und dem Landwirt ein angemessenes Einkommen zu verschaffen, das er auch für umweltfreundliche und wirtschaftlich gesunde Investitionen einsetzen kann. Aber die längerfristige Herausforderung, mit Hilfe modernen Saatgutes und besserer Kredithilfen eine dauerhafte Landwirtschaft in denjenigen Gegenden Afrikas und des indischen Subkontinents zu schaffen, in denen ausreichende Niederschläge fallen, steht auf Grund der damit verbundenen Kosten erst in den Anfängen. Und auch hier leisten die Industrieländer oft nur geringe Hilfe. Die stark protektionistische Agrarpolitik mancher Industrieländer — insbesondere in der EG und Japan — blockiert das landwirtschaftliche Exportpotential der Entwicklungsländer und drückt die Einkommen ihrer Bauern.

### *Global haushalten mit Energie*

Ganz ähnliches gilt für die Energie. Viele Entwicklungsländer haben zu wenig Energie. Ohne massive Hilfe von außen ist es für sie auch nicht möglich, sich intensiv an der Entwicklung erneuerbarer Energien zu beteiligen. Die Institutionen der Entwicklungshilfe teilen zwar großzügig Ratschläge und Bedingungen aus, knausern aber mit Hilfsmitteln. Die großen Energieverbraucher der Zukunft wie China, Indien und Brasilien brauchen verzweifelt schnell realisierbare und kostengünstige Alternativen zu fossiler Energie, und bei der nuklearen Energie sind die Risiken zu hoch und ist die Wirtschaftlichkeit umstritten. Ohne eine Landreform in vielen Entwicklungsländern werden Millionen landloser Bauern hungern und ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können. Entwicklungsstrategien, die außer Wachstum und Erhaltung nicht auch Gerechtigkeit zum Ziel haben, sind zum Scheitern verurteilt. Hier erhält die soziale Gerechtigkeit eine neue Dimension. Aber das muß nicht nur in den Entwicklungsländern zum Ausdruck kommen, sondern auch als Stimme in den entscheidenden Gremien des internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie als Politik bei der Mittelvergabepraxis der Industrieländer.

Auch im weltwirtschaftlichen Rahmen muß der Grundsatz der Gerechtigkeit mit den Zielsetzungen des Wachstums und der Erhaltung in den Vordergrund gerückt werden. Nehmen wir beispielsweise den Handel. Die Rohstoffpreise haben seit Jahren fallende Tendenz, so daß Milliardeneinbußen bei den Exporterlösen entstanden sind. Einige Rohstoffexporteure haben auf ihrer verzweifelten Suche nach Devisen als Ausgleich das Volumen ihrer Ausfuhren erhöht, womit sie jedoch den Marktverfall nur noch verschlimmerten. In einigen Fällen, beispielsweise bei der Baumwolle aus dem Sahel, hat dieser Prozeß die dortigen Umweltprobleme verschärft.

Für die Entwicklungsländer gibt es nur die Alternative der Diversifikation: weg von den Rohmaterialien und hin zur Fertigung; eine ökologisch wie ökonomisch gleichermaßen attraktive Lösung. Das ist die Antwort auf die Forderung auch der Indu-

strieländer, die Entwicklungsländer sollten sich »am eigenen Schopf herausziehen«. Aber was passiert dann? Der Protektionismus feiert Urständ. Vom schwer verschuldeten Brasilien bis hin zum verarmten Bangladesch und den winzigen Malediven wurden überall dort Barrieren errichtet, wo diese Länder eine Möglichkeit entwickelt haben, sich erfolgreich am Export zu beteiligen.

*Weltweite Verantwortung*

Eine gerechte internationale Ordnung wird sich auch mit den Ozeanen, dem Meeresboden, der Antarktis und dem Weltraum befassen müssen. Diese nicht unter nationaler Hoheit stehenden Gebiete sind das gemeinsame Erbe der Menschheit. Gegenwärtige Trends der Völkerrechtsentwicklung berücksichtigen dies zwar, aber die Verwaltung dieser Gebiete liegt in der Hand von Staaten, denen Reichtum oder moderne Technologien einen Vorsprung geben. Die Seerechtskonvention schuf die Grundlage, auf der seefahrende Staaten ihre küstenfernen Ressourcen schützen können; kleine und schwache Staaten aber sind auch weiterhin gefährdet durch räuberisches Abfischen und die Verklappung von Abfällen im Meer. Des weiteren hat die Weigerung der Vereinigten Staaten und einer Reihe anderer Industrieländer, das Übereinkommen zu unterzeichnen beziehungsweise zu ratifizieren, Zweifel daran wachsen lassen, ob international verläßliche Regeln überhaupt akzeptiert werden.

Beim Antarktis-Vertrag sieht es etwas günstiger aus, zumindest was das Ziel des Umweltschutzes angeht. Doch die Industrieländer, die den bisherigen Antarktis-Vertrag tragen, müssen sich fragen, ob sie das Recht haben, einen ganzen Kontinent im Namen der gesamten Menschheit zu verwalten. Ähnliche Probleme ergeben sich hinsichtlich der Nutzung des Weltraums für industrielle Zwecke. Dies sind komplexe Probleme. Dauerhafte Entwicklung aber erfordert auch die Beantwortung dieser Fragen.

*

Ich habe hier nur einige Felder anreißen können, mit denen sich die Kommission auseinandergesetzt hat und bei denen gegenwärtig die Interessen von Nord und Süd, von Ost und West aufeinandertreffen. Deutlich wird dabei, daß in weiten Teilen in den Industrieländern die Verpflichtungen negiert werden, bei der Schaffung weltweiter, dauerhafter Entwicklung nicht nur Zuschauer zu sein, sondern aktiver Teil. Ich sehe Zeichen der Hoffnung. Sie beruhen auch auf Idealismus und der internationalen Solidarität. Dies wurde mir bewußt anläßlich der Vorstellung des Berichts der Kommission in London, als einer der jungen Leute aus Indonesien, die eingeladen waren, den Bericht von Gro Harlem Brundtland entgegenzunehmen, sagte:

»Bitte, Präsidenten, Premierminister und Generäle, hört auf die Armen, auf die Stimme der hungrigen Menschen. Hört auf den lautlosen Tod sterbender Wälder, Seen, Flüsse und der Meere, der sterbenden Böden der Erde, vergiftet und zertreten durch menschliche Gier, Armut und Ungerechtigkeit. Wir, die Jungen, hören sie laut und deutlich!«

Ich hoffe, daß vor allem in den Industrieländern endlich erkannt wird, daß die Armen der Welt, wenn ihnen nicht geholfen wird, eine dauerhafte Entwicklung zu erreichen, nicht nur ihre eigene Umwelt, sondern den ganzen Planeten zerstören könnten. Die Botschaft des Brandt-Berichts war, daß arme und reiche Länder durch gemeinsame Interessen verbunden sind. Die Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung unterstützt diese Aussage mit allen Kräften.

Der Weg zu dauerhafter Entwicklung erfordert Weitsicht und Internationalismus. Daran mangelt es immer noch, aber beides läßt sich auf Dauer nicht ersticken mit den Gewohnheiten eines anderen Zeitalters, insbesondere durch die Mißachtung multilateraler Institutionen seitens mächtiger Nationalstaaten, durch fehlende Unterstützung für das UN-System, durch die kümmerliche Finanzierung der internationalen Finanzierungseinrichtungen und durch die Mißachtung internationaler Abkommen.

Ich bin überzeugt, daß unsere Vorstellungen von der Zukunft immer weniger von überwiegend nationalen Ideen geprägt sein werden, je mehr wir uns dem nächsten Jahrtausend nähern. Verschwindende Wälder betreffen nicht nur Indonesien oder Brasilien; die Beschädigung der Ozonschicht der Erde, die Verbreitung des sauren Regens und atomare Niederschläge beunruhigen keineswegs nur die Verursacher. Die Dauerhaftigkeit des Fortschritts der Menschheit hängt zu einem ganz wesentlichen Teil davon ab, daß wir erkennen, daß wir Nachbarn sind auf einem kleinen und verwundbaren Planeten, und daß unsere Pflicht, füreinander zu sorgen, eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit ist.

Letztlich fordern Brandt, Palme und nun auch Brundtland das gleiche: Wir brauchen eine neue Ethik des menschlichen Überlebens — und wir brauchen sie bald.

# Mensch und Klima

## Das Weltklimaforschungsprogramm der Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

HERMANN FLOHN

*Das Wetter: alltägliches Ereignis, banaler Gesprächsstoff, vom Walten der Naturkräfte geprägtes und somit scheinbar vom Menschen unabhängiges Geschehen — und doch von menschlichem Tun und Lassen beeinflußt. Wie allerdings die Zusammenhänge genau beschaffen sind, ist in vielem noch ungeklärt. Hier erfüllt ein Teil des UN-Systems eine wesentliche Aufgabe: die aus der 1873 gegründeten ›Internationalen Meteorologischen Organisation‹ hervorgegangene ›Weltorganisation für Meteorologie‹ (WMO), Sonderorganisation seit 1951, die im Mai in Genf ihren 10. Weltkongreß abhielt, leistet auf ihrem spezifischen Gebiet einen Beitrag zur Lösung der Weltprobleme durch die Vereinten Nationen. War sie zunächst im wesentlichen mit Aufgaben wie der Standardisierung der nationalen Wetterdienste beschäftigt, so ist sie heute führend bei der weltweiten Koordinierung der Wetterbeobachtung und der Klimaforschung. Berührungspunkte ergeben sich bei ihren Aktivitäten auch zu anderen Einrichtungen im UN-System, etwa zur Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit ihrem Programm ›Der Mensch und die Biosphäre‹ und zum Umweltprogramm (UNEP). Über die Weltklimakonferenz von 1979 hat der Autor des folgenden Beitrags bereits in VN 3/1979 S.108ff. berichtet. Genannt seien an dieser Stelle auch die früheren Artikel über die WMO in dieser Zeitschrift: Hermann Sebastian, Zwanzig Jahre Entwicklungshilfe der Weltorganisation für Meteorologie, VN 3/1973 S.78ff.; Ernst Lingelbach, Die Welt-Wetter-Wacht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO), VN 6/1971 S.165ff.; Erich Süßenberger, Wetterdienst als weltweite Aufgabe, VN 3/1963 S.94ff.*

*Das Weltklimaforschungsprogramm*

Als im Februar 1979 die Weltklimakonferenz in Genf zu Ende ging, war ihr wichtigstes Ergebnis — ein Weltklimaforschungsprogramm (WCRP) — in den Grundzügen umrissen. In welchem Umfang es realisiert werden könnte, war wohl keinem der Beteiligten klar. Dieses Programm schloß sich unmittelbar an ein großes internationales Unternehmen an, das Globale Atmosphärenforschungsprogramm (GARP), das letzten Endes auf die Resolu-